

Antrag	Datum: 06.03.2015
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	
Simone Briese-Finke (für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Überarbeitung der Stellplatzsatzung	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
18.03.2015	Ortsbeirat Stadtmitte (14)
08.04.2015	Ortsbeirat Kröpeliner-Tor-Vorstadt (11)
21.04.2015	Ortsbeirat Seebad Warnemünde, Diedrichshagen (1)
23.04.2015	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung
28.04.2015	Bau- und Planungsausschuss
06.05.2015	Bürgerschaft
	Zuständigkeit
	Vorberatung
	Vorberatung
	Vorberatung
	Vorberatung
	Vorberatung
	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zur Bürgerschaftssitzung im November 2015 der Bürgerschaft den Entwurf einer überarbeiteten Stellplatzsatzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Sachverhalt:

Die Stellplatzsatzung führt derzeit in manchen Fällen zu unerwünschten Effekten. Daher sollte überprüft werden, ob die Stellplatzsatzung durch veränderte Regelungen eine bessere Lenkungswirkung erreichen kann.

Ziel sollte es sein:

- den Wohnungsbau und insbesondere die Schaffung kostengünstiger Wohnungen zu fördern
- Bauvorhaben zur weiteren Entwicklung der Innenstadt und anderer zentraler Lagen zu fördern, die gut an den ÖPNV angeschlossen sind
- die Attraktivität des Stadtbildes zu erhalten und überdimensionierte Garagentore in kleinen Gebäuden zu vermeiden (z.B. beim Kuhtor)
- den Wegfall öffentlicher Stellplätze auf der Straße zu vermeiden, wenn dafür nur die gleiche oder eine geringfügig höhere Zahl von Stellplätzen auf dem Grundstück geschaffen wird. (z.B. Wegfall von 1 Stellplatz auf der Straße für eine Garagenzufahrt mit 1 Stellplatz)
- Anreize zur stärkeren Nutzung von ÖPNV, CarSharing und Rad zu schaffen
- die zukünftigen Anforderungen der Elektromobilität zu berücksichtigen

Im Rahmen der Überarbeitung sollte die Berücksichtigung folgender Punkte geprüft werden:

1. **Neufassung des § 4** z.B. in folgender Form, um Lückenbebauung und Ausbauvorhaben in zentralen Bereichen der Stadt zu erleichtern:
Bei der Ermittlung der zu schaffenden Stellplätze bleiben in den Zonen I und II je Bauvorhaben 2 Stellplätze unberücksichtigt. Diese brauchen weder nachgewiesen noch abgelöst zu werden.
2. **Flexiblere Vorgabe der Richtzahl** für die nach Anlage 1 der Satzung zu schaffenden Stellplätze, um besser auf örtliche Gegebenheiten eingehen zu können. So könnte die Mindestzahl der zu schaffenden Stellplätze auf 1/3 der bisherigen Höchstzahl reduziert werden, z.B.
 - 1.1 Einfamilienhäuser statt bisher 1 - 2 Stellplätze neu: 0,7 – 2 Stellplätze
 - 1.2 Mehrfamilienhäuser statt bisher 1 - 1,5 Stellplätze neu: 0,5 – 1,5 Stellplätze
3. Festlegung, dass **in bestimmten Fällen keine Stellplätze** geschaffen werden dürfen, sondern eine Ablöse zu zahlen ist, z.B.:
 - wenn die Stellplatzzufahrt **mehr als 1/3 der Gebäudebreite** ausmachen würde
 - wenn zur Gewährleistung der Zufahrt **auf der Straße mehr als 50 % der Stellplätze wegfallen** würden, im Vergleich zu den auf dem Grundstück geschaffenen Stellplätzen
 - wenn Stellplätze auf einem **bisher nicht befahrenen Innenhof** errichtet würden
 - wenn Stellplätze in den Zonen I und II in einem **bisher nicht befestigten Vorgarten** errichtet würden
4. Bei der Bemessung der notwendigen Stellplätze könnte die **ÖPNV-Anbindung** noch stärker als bisher berücksichtigt werden.
5. Anreiz zur Schaffung von **CarSharing-Stellplätzen** durch Anrechnung eines CarSharing-Stellplatzes an einem geeigneten Standort z.B. als 4 Stellplätze.
6. Regelungen zur Berücksichtigung der zukünftigen Anforderungen der **Elektromobilität**, z.B. durch Schaffung eines Elektroanschlusses je 10 Stellplätze.
7. Aufnahme von Regelungen zur Schaffung von **Fahrrad-Stellplätzen**.
8. Anreiz zur Schaffung von attraktiven **Fahrrad-Stellplätzen**, in dem z.B. fünf überdachte, ebenerdige (max. 6 Stufen) Fahrradstellplätze als 1 PKW-Stellplatz angerechnet werden.
9. Überprüfung der **Höhe der Stellplatzabläse** und Rundung der Beträge, z.B.
 - in Zone I 7.500 EUR statt 7.670 EUR
 - in Zone II 6.000 EUR statt 6.130 EUR, ggf. erhöhter Betrag für Warnemünde
 - im übrigen 5.000 EUR statt 5.110 EUR
10. Regelung zur **Verwendung der Stellplatzabläse, z.B.**
 - 65 – 75 % für die Errichtung von Parkhäusern mit ermäßigter Gebühr für Anwohner
 - 25 – 35 % für die Förderung von ÖPNV und Radverkehr

Simone Briese-Finke
Fraktionsvorsitzende